

Düsseldorf, 10.12.1985

ARCHIV
des Landtags Nordrhein-Westfalen

LEIHEXEMPLAR

Vorlage an den Haushalts- und Finanzausschuß



**Betr.: Entwurf des Haushalts 1986;
hier: Gesamtüberblick über den Einzelplan 12
- Geschäftsbereich des Finanzministers -**

10/2027 - 2

Gesamtüberblick
=====

über den Einzelplan 12
- Geschäftsbereich des Finanzministers -
- Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 1986 -

	<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
A.	Gesamtüberblick	1 - 2
B.	Kapitel 12 010 - Finanzministerium -	3 - 5
C.	Kapitel 12 020 - Allgemeine Bewilligungen -	6
D.	Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen und Finanzämter -	7 - 15
E.	Kapitel 12 070 - Finanzbauverwaltung -	16 - 20
F.	Kapitel 12 090 - Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen -	21 - 23
G.	Kapitel 12 100 - Rechenzentrum der Finanzverwaltung -	24 - 31
H.	Kapitel 12 610 - Verteidigungslastenverwaltung -	32
I.	Kapitel 12 620 - Lastenausgleichsverwaltung -	32
J.	Kapitel 12 630 - Heimatauskunftstellen -	32

A.

Gesamtüberblick
=====

Der Einzelplan 12 ist ein typischer Verwaltungshaushalt, dessen Ausgabevolumen, wie die nachfolgende Gliederung des Entwurfs nach Ausgabearten (in Mio DM) zeigt, in erster Linie durch die Personalausgaben bestimmt wird:

Personalausgaben	1.619,594	(84,48 %)
Sächliche Verwaltungsausgaben	198,123	(10,33 %)
Zuweisungen und Zuschüsse	36,302	(1,90 %)
Ausgaben für Investitionen	45,124	(2,35 %)
Besondere Finanzierungsausgaben	<u>18,000</u>	<u>(0,94 %)</u>
Gesamtausgaben	<u>1.917,143</u>	<u>(100,00 %)</u>
	=====	=====

Der Entwurf 1986 weist gegenüber den Ansätzen des Haushalts 1985 insgesamt eine Erhöhung um 37,610 Mio DM aus; das bedeutet eine Steigerung um 2,0 %. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung bei den einzelnen Hauptgruppen (in Mio DM):

	<u>1986</u>	<u>1985</u>	<u>+ / -</u>	<u>in v.H.</u>
Personalausgaben	1.619,594	1.571,214	+ 48,380	+ 3,08
Sachausgaben	198,123	195,868	+ 2,255	+ 1,15
Zuweisungen und Zuschüsse	36,302	37,772	- 1,470	- 3,89
Ausgaben für Investitionen	45,124	62,679	- 17,555	- 28,01
Besondere Finanzierungsausgaben	18,000	12,000	+ 6,000	+ 50,00
<u>Gesamtausgaben</u>	<u>1.917,143</u>	<u>1.879,533</u>	<u>+ 37,610</u>	<u>+ 2,00</u>
	=====	=====	=====	=====

Die Überlegungen zum Entwurf des Stellenplans sind im Gesamtüberblick über die Stellenanforderungen dargestellt; deshalb wird hier von einer detaillierten Erläuterung abgesehen und die Stellenentwicklung nur in einer Übersicht aufgezeigt.

	1986	1985	+ / -
Planmäßige Beamte	20.194	20.132	+ 62
Beamtete Hilfskräfte	1.245	1.256	- 11
Angestellte	11.622	11.616	+ 6
Arbeiter	914	968	- 54
	33.975	33.972	+ 3
Anwärter (Einstellungs- ermächtigungen)	1.071	799	- 272
	=====		

Im folgenden werden die wichtigen Einnahme- und Ausgabetitel dargestellt, soweit das über die Erläuterungen im Haushalt hinaus erforderlich ist.

Kapitel 12 010
=====Finanzministerium
=====Einnahmen

Keine Besonderheiten.

AusgabenTitel 513 10 - Rundfunk-, Post und Fernmeldegebühren

Die Ansatzsteigerung auf 214.000 DM ist erforderlich wegen umfangreicherer Inanspruchnahme der elektronischen Fernübertragungsgeräte (Fernkopierer, Reuters Informationsdienst) und wegen der Einrichtung einer Makleranlage für das Kreditreferat. Die meist telefonischen Kreditverhandlungen sollen in einem Händlerzimmer stattfinden, und zwar immer in gleichzeitiger Anwesenheit mindestens von zwei Bediensteten des Kreditreferats (Vieraugenprinzip). Das Händlerzimmer ist inzwischen eingerichtet. Es wird mit einer den Erfordernissen moderner Technik entsprechenden Makleranlage ausgestattet. Es hat sich außerdem als notwendig erwiesen, Reuters Informationsdienst "Wirtschaft" auch dort empfangen und entsprechend auswerten zu können. (Hinweis auf die Ausführungen zu Titel 812 30 - s.u. - und auf die Vorlage "Gesamtüberblick über die Peronsplanforderungen für den Einzelplan 12").

Titel 526 00 - Sachverständige; Gerichts- und ähnliche Kosten

Nach dem derzeitigen Stand des Normenkontrollantrags des Landes gegen Vorschriften des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern ist es möglich, daß das mit dem Vertreter des Landes vereinbarte Honorar fällig wird (20.000 DM).

Titel 538 00 - Ausgaben für Datenverarbeitung

Der Ansatz, der ausschließlich Mittel für Software-Lizenzgebühren enthält, ist auf 40.000 DM erhöht worden, um dem Finanzministerium weitere notwendige Bereiche der ADV-Anwendung zu erschließen.

Titel 812 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Die Mittel in Höhe von 50.000 DM sind bestimmt für den Ersatz aus-soderungsreifer, in 1972 bzw. 1978 beschaffter Kantineneinrich-tungsgegenstände (Registrierkasse und Kaffeeautomat).

Titel 812 30 - Erwerb von Fernmeldeanlagen

Im Wege des Vorgriffs mußte im Haushaltsjahr 1985 eine Makleranla-ge für das neu geschaffene Händlerzimmer des Kreditreferats be-stellt werden (Hinweis auf die Ausführungen zu Titel 513 00). Zur Abdeckung des Vorgriffs sind 28.700 DM veranschlagt.

471.300 DM sind vorgesehen als 1. Teilbetrag für die Beschaffung einer Fernsprech-Nebenstellenanlage. Zur Erleichterung der Ge-schäftsabläufe soll die Fernsprechanlage des gesamten Ministeriums unter Verwendung einer Gesprächsdatenerfassungsanlage freigeschal-tet werden. Außerdem ist eine neue Zentraleinheit erforderlich, damit die Fernsprechleitungen für ADV-Zwecke verwendet werden kön-nen (ISDN-System). Dadurch wird der Aufbau eines zweiten Leitungs-netzes vermieden. Diese Ziele können nur mit einer insgesamt neuen Anlage erreicht werden, die die bisherige ältere Anlage ersetzt. Hierfür war im Haushalt 1985 eine Verpflichtungsermächtigung aus-gebracht. Die Bestellung ist jedoch um ein Jahr zurückgestellt worden, um absehbare technische Verbesserungen der ISDN-Anlagen in die Beschaffungsüberlegungen einbeziehen zu können.

Titel 812 40 - Erwerb von Datenfernübertragungsanlagen

In der Vergangenheit waren ADV-Geräte im Finanzministerium weitaus überwiegend für die Bauverwaltung eingesetzt. Ab Beginn 1985 wurden probeweise weitere Anwendungen erschlossen (z.B. Zugriff auf die Landesdatenbank und Juris, Kalkulationsprogramme in Verbindung mit Textverarbeitung für Sachbearbeiter). Die im Rahmen dieses Versuchs erprobten Anwendungen haben sich als unverzichtbar erwiesen. Die angeforderten 0,250 Mio DM dienen der Abdeckung des unabweisbaren Bedarfs an ADV-Geräten. Die ADV-Ausstattung des Finanzministeriums bleibt damit noch immer erheblich hinter der Ausstattung vergleichbarer Führungszentralen der Wirtschaft und weit hinter der Automatisierung der Finanzämter zurück.

Kapitel 12 020Allgemeine BewilligungenEinnahmen

Keine Besonderheiten.

Ausgaben

Titel 685 10 - Zuschüsse für Maßnahmen der technischen Zusammen-
arbeit im Inland

Angesetzt sind 100.000 DM. Es handelt sich um einen Zuschuß an die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) zur Entwicklung von Verwaltungstechniken in der Finanzverwaltung des brasilianischen Bundesstaates Piaui.

Zur Zeit laufen Projekte in mehreren Bundesstaaten Brasiliens, die vom Bund und anderen Bundesländern finanziert werden. Die eingesetzten Langzeit-Experten kommen aus der Zollverwaltung, aus der Berliner Steuerverwaltung und aus der nordrhein-westfälischen Steuerverwaltung. Die von den NRW-Experten abgewickelten Projekte (Pernambuco, Brasilien-Bund) laufen seit 5 Jahren so gut, daß Brasilien den Wunsch geäußert hat, das Projekt auf den Bundesstaat Piaui auszudehnen. Dafür sucht die GTZ eine Finanzierung.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist bereit, den Antrag Brasiliens wohlwollend zu prüfen und wird im Februar 1986 nach den vorgesehenen deutsch-brasilianischen Regierungsverhandlungen eine endgültige Entscheidung über das neue Vorhaben in Piaui treffen. Angesichts des Erfolgs gerade des nordrhein-westfälischen Projektanteils soll durch eine Beteiligung auch an der Finanzierung Einfluß auf die weitere Entwicklung genommen und diese für das Land nutzbar gemacht werden.

D.

Kapitel 12 050

=====

- Oberfinanzdirektionen und Finanzämter -
=====

EinnahmenTitel 119 10 - Vermischte Einnahmen -

Verspätungs- und Säumniszuschläge machen rd. 99 % des Ansatzes aus. Die Ansatzserhöhung um 5,81 Mio DM auf 149,17 Mio DM orientiert sich an der bisherigen Einnahmeentwicklung.

Der Anspruch auf Säumniszuschlag entsteht kraft Gesetzes gem. § 240 Abs. 1 der Abgabenordnung. Für jeden angefangenen Monat der Säumnis ist ein Zuschlag von 1 v.H. des Steuerbetrages zu entrichten. Die erfolgte Umstellung der Finanzkassen auf das Gesamterhebungsverfahren trägt zu einer rechtzeitigen und gleichmäßigen Erhebung der Zuschläge bei.

AusgabenTitel 515 40 - Maschinen und Geräte für die Datenverarbeitung -

Die Steuerabteilungen und die Bau- und Vermögensabteilungen - Land - der Oberfinanzdirektionen sollen weiter mit ADV-Arbeitsplätzen ausgestattet werden (Hinweis auf Titel 812 40 U.T. 6). Der vorgesehene Ansatz von 150.000 DM dient der Instandhaltung dieser Datenerfassungsmaschinen und Geräte.

Titel 518 10 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume -

Die kontinuierliche Ansatzminderung der vergangenen Jahre (1983: 16,1 Mio DM; 1985: 14,125 Mio DM) hat nunmehr zu einer Enge geführt, die eine leichte Ansatzserhöhung von 2,8 v.H. auf 14,525 Mio DM notwendig macht. Die Mietmittel werden nur für sog. Austauschmietungen in Anspruch genommen. Bei gleichbleibendem Personal ist die Entwicklung der einzelnen Dienststellen jedoch so unterschiedlich, daß in Wachstumsbereichen zusätzliche Anmietungen erforderlich werden. Die in anderen Bereichen aufzugebenden meist älteren Mietobjekte decken diesen Mehraufwand jedoch nicht in gesamter Höhe ab. Darüber hinaus sind die Steigerungen bei den Nebenkosten und den laufenden Mieten abzudecken.

Hauptgruppe 7 - Baumaßnahmen -

Der Gesamtansatz der Hauptgruppe 7 bei Kapitel 12 050, der in voller Höhe auf Fortsetzungsraten entfällt, beträgt 8,525 Mio DM. Im einzelnen wird hierzu auf die folgenden Erläuterungen verwiesen:

Titel 722 00 - Finanzamt Krefeld - Erneuerung der Fassade und
Telefonanlage, Optimierung der Heizungsanlage -

Gegenüber dem Haushalt 1985 haben sich die Gesamtkosten von 3,7 Mio DM auf 4,598 Mio DM erhöht. Bei einem offenen Bautitel können die Aufwendungen für die Erneuerung der Fernsprechanlage und die energiemäßige Optimierung aus Gründen der Haushaltssystematik nicht aus dem sonst für derartige Maßnahmen zur Verfügung stehenden Titel 812 30 und Kapitel 14 020 Titel 711 30 gezahlt werden. Die Ausweisung der Kosten bei der hier angesprochenen Verbuchungsstelle stellt deshalb lediglich eine Zusammenfassung, keine eigentliche Kostenerhöhung dar. Angefordert wird der Restbetrag von 0,898 Mio DM.

Titel 742 00 - Finanzamt Aachen-Stadt - Herrichtung des ehemali-
gen Polizeipräsidiums -

Dieser Titel ist während des Haushaltsvollzugs 1985 außerplanmäßig eingerichtet worden. Das nach Auszug der Polizei in die Verwaltung des FinMin übertragene Gebäude wurde zunächst unter Verwendung von Haushaltsmitteln aus Titel 519 10 und 711 10 teilweise für Zwecke der Finanzverwaltung hergerichtet, um eine große Anmietung des benachbarten Finanzamts Aachen-Stadt aufgeben zu können. Der Raumbedarf im ehemaligen Polizeipräsidium geht aber über die bisher hergerichtete Fläche hinaus. Außerdem ist das Verwaltungsgericht Aachen in diesem Gebäudekomplex unterzubringen, das seinerseits Flächen im Behördenhaus freimacht, die dringend zur Unterbringung anderer Landesbehörden benötigt werden. Angefordert wird der Restbetrag von 1,892 Mio DM.

Titel 811 10 - Erwerb von Dienstfahrzeugen -

Der Ansatz von 242.500 DM dient der Ersatzbeschaffung von 10 abgängigen Kraftfahrzeugen. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 60.000 DM dient ausschließlich der Ersatzbeschaffung von aussonderungsreifen Kraftfahrzeugen.

Titel 812 10 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs-
gegenständen im Inland -

Der gegenüber dem Vorjahr um 9.000,-- DM auf 1.150.000,-- DM gesenkte Ansatz soll für folgende Investitionen verwandt werden:

- Erstausrüstung von neuen Diensträumen und
- Erneuerung abgängiger Beleuchtungsanlagen.

Titel 812 20 - Erwerb von Büromaschinen -

Der Ansatz von 300.000,-- DM ist vorgesehen für

- die Erstausrüstung des neuerrichteten Finanzamts Hilden (50.000,-- DM),
- den Ersatz abgängiger, in den Jahren 1975 und 1977 beschaffter Offsetdruckmaschinen (120.000,-- DM) und
- die Beschaffung einer Fotosatzanlage für die Vervielfältigungsstelle einer Oberfinanzdirektion mit Anschluß an die Textautomaten zur Arbeitsrationalisierung und zur Einsparung von Personal- und Materialkosten (130.000,-- DM). Die Kapazität der Druckerei der Bundesabteilung der OFD Münster, die auch für den Landesbereich tätig wird, reicht nicht mehr aus, um in ausreichendem Maße Druckerarbeiten auch für das Land durchzuführen.

Titel 812 30 - Erwerb von Fernmeldeanlagen -

Der Ansatz von 1,5 Mio DM ist notwendig, um abgängige Anlagen zu ersetzen und den Nahbereich freizuschalten, soweit er dem dienstlichen Zuständigkeitsbereich entspricht. Die Freischaltung ist erforderlich, um erhebliche Behinderung des Arbeitsablaufs durch die in zunehmendem Maße belasteten Fernsprechzentralen zu beseitigen.

Titel 812 40 - Erwerb von Datenerfassungs- und -übertragungseinrichtungen -

Der Stellenabbau in der 9. Legislaturperiode hat zur weiteren Automation des Besteuerungsverfahrens gezwungen. Außerdem gehen immer mehr (Bundes-)Steuergesetze davon aus, daß zur Durchführung automatisierte Verfahren zur Verfügung stehen. Die neue Kraftfahrzeugsteuer z.B. könnte ohne Automation nicht mehr angewandt werden.

Neben der Grunddatenführung (Anschriften u.a.m.) und der Berechnung der Steuern wurden besonders die Kassenaufgaben automatisiert. Die Daten über Anschrift, Alter, Geschlecht, Beruf, zutreffende Steuerart und alle Angaben über Steuerforderungen und Steuerzahlungen werden heute im Finanzamt nicht mehr schriftlich vorgehalten, sondern als Speicherdaten auf Magnetband oder Magnetplatte. Teilweise gehen sie auch schon in dieser Form im Wege des Datenträgeraustausches ein. Der aktuelle Stand dieser Daten ergibt sich nicht mehr aus Akten, sondern wird durch Anfragen per Bildschirm festgestellt und erforderlichenfalls über angeschlossene Drucker ausgedruckt.

Je mehr Steuern und Besteuerungsaufgaben automatisiert werden müssen, desto mehr hängt der Verwaltungsablauf davon ab, daß eine ausreichende Zahl von Bildschirmen zur Verfügung steht. Das gilt besonders für Steuerarten, bei denen Grunddatenpflege und Steuerfestsetzung schon weitgehend automatisiert sind, und für alle Kassenaufgaben und kassennahen Aufgaben.

Gegenwärtig stehen den rund 30.000 Bediensteten der Finanzämter für solche Auskunftszwecke außerhalb der Datenerfassungsstellen 700 Bildschirm-Terminals zur Verfügung. Das bedeutet, daß sich durchschnittlich mehr als 40 Bedienstete ein Terminal teilen müssen.

Dieser Zustand gefährdet nicht nur wegen der zunehmenden Automationsneigung des Steuerrechts, sondern auch wegen der weiterhin wachsenden Zahl der Steuerfälle die rechtzeitige Erledigung der Besteuerungsaufgaben. Deshalb wurde der Ansatz gegenüber 1985 um 4,43 Mio DM auf 9,994 Mio DM erhöht. Darin sind die Mittel für zusätzliche Bildschirme und Drucker sowie für die Erneuerung ausgedienter Geräte enthalten. Ferner enthält der Titel Mittel für die zentralen Datenerfassungsstellen der Finanzämter.

Im einzelnen:

Unterteil 1

Bildschirme und Zubehör für Auskunftszwecke und als Ersatzbeschaffung im Bereich der Datenerfassung (Anschaffungskosten 2,135 Mio DM)

Für 700 zusätzliche Bildschirme zur Abfrage von Grunddaten, Steuerfestsetzungs- und Kassendaten; mit Schwerpunkt in den Finanzkassen, den Kraftfahrzeugsteuerstellen, den Vollstreckungs-, Stundungs- und Erlaßstellen, den Zentralstellen zur Erfassung des Erklärungseingangs, den Betriebsprüfungsstellen und Datenerfassungsstellen (VRZ-Stellen). Der dringende Bedarf liegt bei 1.200 Geräten; aus Haushaltsgründen konnten nur die Mittel für 700 Geräte veranschlagt werden.

Unterteil 2

Drucksysteme für den Auskunftsbereich (Anschaffungskosten 0,334 Mio DM).

Ein Teil der über Bildschirm abgefragten Daten wird vorübergehend auch in Schriftform benötigt (z.B. zum Abgleich mit Steuerpflichtigen und Steuerberatern). Dafür sind bisher rund 430 Drucker installiert. Diese Zahl soll um 170 Drucker ergänzt werden, und zwar mit Schwerpunkten in den Finanzkassen und im kassennahen Bereich.

Unterteil 3

Geräte und Bauteile für den Datenübertragungsbetrieb (Anschaffungskosten 0,55 Mio DM)

Die beantragten Mittel dienen dem Anschluß der in U.T. 1 und U.T. 2 angeforderten Bildschirm-Terminals und Drucker.

Unterteil 4

Umbau der Maschinenräume in den VRZ-Stellen der Finanzämter (Kosten 0,9 Mio DM)

Begründung bei U.T. 7.

Unterteil 5

EDV-Installationsmaßnahme in den VRZ-Stellen der Finanzämter (Kosten 0,675 Mio DM)

Begründung bei U.T. 7.

Unterteil 6

Ausstattung der Oberfinanzdirektionen mit ADV-Arbeitsplätzen (Gesamtkosten 0,981 Mio DM; als 1. Teilbetrag angefordert 0,09 Mio DM)

Die Oberfinanzdirektionen verfügen über jeweils einen Kommunikationsrechner, der bisher im wesentlichen für Aufgaben der Finanzbauverwaltung eingesetzt worden ist. Damit ist er jedoch nicht ausgelastet. Andererseits besteht in den Oberfinanzdirektionen auch in anderen Stellen der Bedarf für eine Datenkommunikation mit dem RZF. Dies gilt insbesondere für die Oberfinanzkassen, die bisher über eigene Leitungswege an das RZF angeschlossen waren. Es entspricht dem Gebot der Wirtschaftlichkeit, diese Anwendung über den Kommunikationsrechner und einen Leitungsweg abzuwickeln. Zu diesem Zweck müssen jedoch die inzwischen ohnehin veralterten Eingabegeräte in den Oberfinanzkassen ersetzt werden, ferner sind

Erweiterungen an dem Kommunikationsrechner vorzunehmen. Bei den Oberfinanzdirektionen ergibt sich darüber hinaus ein zusätzlicher Automationsbedarf insbesondere im Bereich der Personal- und Stellenverwaltung, für den der Kommunikationsrechner ebenfalls eingesetzt werden kann; diese und weitere Anwendungen werden jedoch im Hinblick auf den Zwang, Haushaltsmittel einzusparen, auf das nächste Haushaltsjahr verschoben.

Unterteil 7

Ergänzungs- und Ersatzbeschaffungen im Bereich des Kommunikationssystems in den Finanzämtern (Gesamtkosten 6,87 Mio DM; als 1. Teilbetrag angefordert 4,865 Mio DM)

Die Datenverbindung zwischen den Finanzämtern und dem Rechenzentrum erfolgte in früheren Jahren über Knotenrechner, an die jeweils mehrere Finanzämter angeschlossen waren. Diese Lösung war zunächst die preisgünstigere. Inzwischen liegt der Preisvorteil im postalischen Gebührensystem beim Datex (P)-Netz, das den direkten Anschluß jedes Finanzamts an das Rechenzentrum ermöglicht. Außerdem leisten die heute angebotenen Endrechner für die Finanzämter erheblich mehr als deren Vorgänger, so daß es möglich ist, einen Teil der im Finanzamt eingegebenen bzw. vom Rechenzentrum an die Finanzämter zurückgesandten Daten im Amt selbst bereitzuhalten. Das spart im Abfrageverkehr Leitungskosten und reduziert außerdem den Zeitaufwand je Abfrage. 63 Finanzämter sind deshalb schon in den Vorjahren auf das zweistufige Kommunikationssystem umgerüstet worden; die Mittel für die übrigen 45 Finanzämter werden nunmehr beantragt.

Für diese Umstellung sind sowohl bauliche Maßnahmen als auch EDV-technische Installationen in den VRZ-Stellen durchzuführen.

Unterteil 8

Geräte und Anlagen für die Bereitstellung von ADV-Leistungen am Arbeitsplatz in den Finanzämtern (Gesamtkosten 6,25 Mio DM; als 1. Teilbetrag angefordert 0,445 Mio DM)

Der bisherige Stand der Automation in den Finanzämtern zwingt vielfach zur Unterbrechung der Arbeitsabläufe: Auf die manuelle Bearbeitung folgt der automatisierte Abschnitt; nach einer unterschiedlich großen Zahl von Tagen, an denen sich der Bearbeiter andere Fälle zu ebensolcher Teil-Bearbeitung vornimmt, werden die Ergebnisse des automatisierten Bearbeitungs-Abschnitts ausgeliefert, die nunmehr wiederum manuell weiterzubearbeiten sind.

Inzwischen erlaubt der Stand der Technik für einige Stellen der FA eine ununterbrochene Bearbeitung; zu vertretbaren Preisen werden Arbeitsplatz-Rechner angeboten, die über entsprechend große Kapazitäten verfügen. Der Einsatz solcher Rechner könnte mit dazu beitragen, einen Teil der Fallzahl-Steigerungen und der Steuerrechts-Komplizierung aufzufangen. Die in diesem Sinne besonders automationsgeeigneten Steuerarten bzw. Bearbeitungsabschnitte sollen in Pilotprojekten erprobt werden. Daran beteiligen sich alle Bundesländer. Für die nordrhein-westfälische Steuerverwaltung sind solche Pilotprojekte bei der Grunderwerbsteuer, der Erbschaft- und Schenkungsteuer und in der Betriebsprüfung vorgesehen.

Kapitel 12 070FinanzbauverwaltungEinnahmenTitel 231 00 - Erstattungen von Verwaltungsausgaben vom Bund

Für die Durchführung von Bauaufgaben des Bundes und der nichtdeutschen Streitkräfte zahlt der Bund nach § 8 Abs. 7 des Fin VerwG und den dazu ergangenen Verwaltungsabkommen eine Entschädigung. Das Land NRW verpflichtet, Personal und Mittel entsprechend vorzuhalten.

Die Erhöhung des Ansatzes um 9,148 Mio DM auf 172,9 Mio DM beruht sowohl auf der Steigerung bei den Personal- und Sachkosten als auch der Übernahme der baufachlichen Betreuung zahlreicher Liegenschaften des Bundes (Hinweis auf Abschn. II Nr. 1.3 der Vorlage 10/155 vom 19.11.1985).

Titel 236 00 - Erstattungen von Verwaltungsausgaben von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesanstalt für Arbeit

Der Ansatz ist von 14 Mio DM auf 11 Mio DM gesenkt worden. Die Veranschlagung richtet sich nach der von der Bundesanstalt für Arbeit bestimmten Bautätigkeit. Sie ist vom Land nicht zu beeinflussen.

Titel 271 00 - Erstattungen von Verwaltungsausgaben

Nach Auflösung des Staatshochbauamtes für die KFA Jülich sind dessen Aufgaben auf das Finanzbauamt Düren übergegangen. Es wird deshalb mit um 70.000 DM höheren Einnahmen an Bauleitungsvergütungen gerechnet (Hinweis auch auf die Ansatzserhöhung bei Titel 546 10).

Titel 381 00 - Zur Verechnung der vom Bund zu erstattenden, Baunebenkosten bei Bundesbauvorhaben

Baunebenkosten bei Bundesbauvorhaben sind vom Bund in voller Höhe zu erstatten. Es ist mit Einnahmen in Höhe von 18 Mio DM zu rechnen. Hinweis auf die Erläuterungen zum korrespondierenden Ausgabebetitel 981 00.

Ausgaben

Titel 511 10 - Geschäftsbedarf

Wegen der steigenden Zahl anzufertigender Ausschreibungsunterlagen und wegen Preissteigerungen wird mit einer Erhöhung des Mittelbedarfs um 135.000 DM auf 1,79 Mio DM gerechnet.

Titel 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmeldegebühren

Ansatzsteigerung um 146.000 DM auf 2,047 Mio DM vor allem aufgrund der bisher bei Kapitel 12 050 mitveranschlagten Fernsprechgebühren für das FBA Krefeld, das ein eigenes Dienstgebäude bezogen hat.

Titel 518 10 - Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume

Die Ansatzsteigerung um 0,3 Mio DM auf 2,9 Mio DM ist in erster Linie deshalb notwendig, weil der Bund neuerdings Miete für bundeseigene Liegenschaften verlangt, die der Bauverwaltung für Bauleitungsunterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Die Kosten werden im Rahmen der Bundesbauabrechnung wieder erstattet.

Titel 538 00 - Kosten für die Datenverarbeitung

Der Ansatz von 430.000 DM ist bestimmt für Kosten der Fremdprogrammierung (Systemunterstützung) und Software-Lizenzgebühren. Die Mehrausgaben von 120.000 DM sind in unmittelbarem Zusammenhang mit den bei Titel 812 40 ausgewiesenen Beschaffungen zu sehen.

Titel 546 10 - Vermischte Ausgaben

Den höheren Einnahmen bei Titel 271 00 entspricht ein höherer Ansatz an zu entrichtender Umsatzsteuer (UT. 2).

Titel 546 30 - Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen

Ansaterhöhung auf 71.000 DM aufgrund des Umzugs des FBA Rheine in ein neues Dienstgebäude.

Titel 711 30 - Nebenkosten bei Bauvorhaben des Bundes

Aus den hier veranschlagten Mitteln sind die Kosten der Honorare freiberuflich Tätiger zu zahlen. Die Veranschlagung richtet sich nach der von der Bundesanstalt für Arbeit bestimmten Bautätigkeit. Vom Land ist sie nicht zu beeinflussen. Ansatzsenkung auf 5,5 Mio DM.

Titel 811 10 - Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen

Der Ansatz von 231.500 DM dient der Ersatzbeschaffung von 13 Kraftfahrzeugen und 3 Fahrrädern. Die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 40.000 DM ist ausschließlich für Ersatzbeschaffungen vorgesehen.

Titel 812 10 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Der auf 150.000 DM gesenkte Ansatz soll für folgende Investitionen verwendet werden:

- Erstausstattung neuer Diensträume und Bauleitungen und
- Ersatz abgängiger Beleuchtungsanlagen.

Titel 812 20 - Erwerb von Büromaschinen

Eine abgängige Lichtpausmaschine und zwei abgängige Offsetmaschinen müssen ersetzt werden. Hierfür sind 59.000 DM angesetzt.

Titel 812 30 - Erwerb von Fernmeldeanlagen

Zur Erneuerung abgängiger Fernmeldeanlagen und für die Ausstattung neu einzurichtender Bauleitungen sind 488.000 DM erforderlich.

Titel 812 40 - Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen

Der Gesamtansatz beträgt 1,000 Mio DM.

Die Ausgaben werden zu voraussichtlich 97% vom Bund erstattet.

Hierzu gehören im einzelnen:

Unterteil 1 (Gesamtkosten 0,57 Mio DM; als 1. Teilbetrag angefordert 0,3 Mio DM)

Mikrocomputer für technische Berechnungen und Drucker für die Ausgabe der Berechnungen. Einsatzschwerpunkte: Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Unterteil 2 (Gesamtkosten 1,87 Mio DM; als 1. Teilbetrag angefordert 0,1 Mio DM)

Fortsetzung der 1985 begonnenen Ausstattung mit Systemen Nixdorf 8860; im wesentlichen Erweiterung der Magnetplattenlaufwerke und der Hauptspeicher sowie Beschaffung von Bildschirmen, Kleindruckern, Aufrüstsätzen für angeschlossene Mikrorechner und zugehörigen Leitungscontrollern.

Der Verkehr mit dem System Nixdorf 8860 ist im Finanzbauamt bisher bei einem dafür spezialisierten Bearbeiter ("Baukoordinator") zentralisiert. Dieser Baukoordinator kann angesichts der Vielzahl der in den Bauämtern vertretenen technischen Disziplinen nur in Teil-

bereichen selbst fachkundig sein. Wenn auch andere Fachbereiche des Bauamts die Möglichkeit zum Dialog mit dem Rechner haben sollen, muß ihnen der direkte Zugang über weitere Terminals gewährt werden. Diese vermehrte Nutzung setzt wiederum voraus, daß die zentrale Anlage entsprechend erweitert wird.

Unterteil 3

Der Unterteil 3 umfaßt eine Anlaufquote von 600.000 DM für beabsichtigte Installationen von CAD-Systemen (CAD = Computer Aided Design).

Der Einsatz von CAD-Systemen verspricht Arbeitserleichterungen und Verbesserungen der Arbeitsergebnisse in der Finanzbauverwaltung: Bauzeichnungen können automatisch gefertigt und in unterschiedlicher Form für Folgeaufgaben bereitgestellt werden (Grundrisse, Schnitte, Ansichten). Außerdem erlauben die gespeicherten Daten zu den Bauzeichnungen auch die Auswertung durch Berechnungsprogramme. So können z.B. statische Berechnungen oder Berechnungen im Bereich der Elektrotechnik automatisch ausgeführt werden. Die Eignung am Markt vorhandener Systeme soll in praktischen Tests in den Finanzbauämtern erprobt werden, da nur auf diese Art und Weise festgestellt werden kann, wo und mit welchem Nutzen ein landesweiter Einsatz in Betracht kommt.

Kapitel 12 090Ausbildungs- und Fortbildungseinrichtungen der
FinanzverwaltungEinnahmenTitel 124 10 - Mieten und Pachten

Bis zum Jahr 1984 sind die Anwärter während der Zeit, in der sie den landeseigenen Bildungseinrichtungen zugewiesen waren, unentgeltlich untergebracht und gepflegt worden. Ab 1985 können die Anwärter, die nach dem 01.10.1984 eingestellt worden sind, Unterbringung und Verpflegung nur noch gegen Kostenbeteiligung in Anspruch nehmen; das monatliche Entgelt beträgt je nach Familienstand pauschal 180 DM bzw. 120 DM. In welchem Umfang die Anwärter in 1986 von dem Angebot Gebrauch machen, läßt sich noch nicht absehen. Nehmen nicht alle Anwärter das Angebot an, verringern sich entsprechend den Einnahmen auch die Ausgaben für Verpflegung (Titel 522 00) und Anmietungen (Titel 518 10).

AusgabenTitel 538 00 - Ausgaben für Datenverarbeitung

Für den Betrieb und den Ausbau der ADV-unterstützten Schulinformationssysteme in den Ausbildungseinrichtungen werden zusätzliche Software-Lizenzgebühren in Höhe von 12.000 DM aufzuwenden sein (Hinweis auf Titel 812 40).

Titel 546 11 - Umsatzsteuer

Im Zusammenhang mit den Kostenbeiträgen der Anwärter für Unterbringung und Verpflegung ist die Umsatzsteuerpflicht der Schulen geprüft und bejaht worden. Die Kostenbeiträge der Anwärter selber sind zwar steuerfrei; in anderen Bereichen ergeben sich jedoch nunmehr steuerpflichtige Umsätze. Ansatz: 25.000 DM.

Titel 812 40 - Erwerb von Datenfernübertragungsanlagen

(Anschaffungskosten 175.000 DM)

Für die in den Ausbildungseinrichtungen installierten ADV-Anlagen sollen je zwei weitere Bildschirme zur Unterstützung des Verwaltungs- und Schulbereichs beschafft werden. Darüber hinaus ist je System ein Korrespondenz-Drucker vorgesehen. Für die Platzweiterungen und zusätzlichen ADV-Anwendungen ist insbesondere auch eine Aufrüstung des Speichers der Systeme erforderlich.

Die Schulen führen folgende Aufgaben ADV-unterstützt durch:

a) Im Bereich der Schülerverwaltung:

- Notenergebnislisten,
- zusammenfassende Listen aller Noten,
- Übersicht über die Ergebnisse der Aufsichtsarbeiten,
- Beurteilungsblätter,
- Mitteilung über Prüfungstermine,
- Erfassung der Prüfungsarbeiten,
- Ermittlung der Zulassungspunktzahl,
- Statistiken über die Lehrgangsnoten der Einführungslehrgänge und der Prüfungsarbeiten, über das Ergebnis der Laufbahnprüfungen und Gesamtübersicht der einzelnen Lehrgänge;

b) Im Bereich der allgemeinen Schulverwaltung:

- Lehrsaalverteilungsliste,
- Änderungsmitteilungen betreffend Kostenbeiträge,
- Reisekosten der Studenten,
- Änderungsmitteilungen für das Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW.

Darüber hinaus müssen verstärkt umfangreiche weitere Aufgaben der Textverarbeitung (z.B. Lehrpläne, Prüfungsarbeiten, Lehrgangsberichte) ADV-unterstützt durchgeführt werden.

Mit den zusätzlich beantragten Installationen werden die Schulen in die Lage versetzt, im Verwaltungsbereich den gestiegenen Arbeitsanfall (erhöhte Einstellungsquoten, Kostenbeteiligung der Anwärter), ohne Personalverstärkung zu bewältigen.

G.

Kapitel 12 100

=====

- Rechenzentrum der Finanzverwaltung

=====

des Landes NRW -

=====

Einnahmen

Titel 271 00 - Erstattungen von Verwaltungsausgaben aus dem
Inland -

Die Ansatzserhöhung von 8.000 DM um 115.000 DM auf 123.000 DM ist bedingt durch die Einnahmen aus dem Datenabgleich Kindergeld mit der Bundesanstalt für Arbeit im Wege der Amtshilfe.

Ausgaben

Titel 513 10 - Rundfunk-, Post und Fernmeldegebühren -

Der Ansatz ist von 17,535 Mio DM um 3,583 Mio DM auf 21,118 Mio DM erhöht worden.

Diese Ansatzserhöhung ist begründet durch:

- insbesondere den Mehrversand von Kraftfahrzeugsteuerbescheiden infolge des aus Gründen des Umweltschutzes geänderten Kraftfahrzeugsteuerrechts;
- Zunahme der Mahnungen und Umbuchungsmitteilungen im Gesamterhebungsverfahren; die Automation gewährleistet gleichmäßig zügige Überwachung des Zahlungseingangs,

- Zunahme der Anschreiben im Zentralen Erstattungsverfahren und
- Versendung von Zahlungshinweisen für Vorauszahlungen im Gesamterhebungsverfahren.

Titel 538 00 - Ausgaben für Datenverarbeitung -

Ansatzserhöhung um 0,61 Mio DM auf 3,78 Mio DM.

- Kosten für Fremdprogrammierung (Unterteil 1):

Für den Ausbau und die notwendige Wartung systemnaher Komponenten der wichtigsten Anwendungssysteme ist eine Softwareunterstützung durch entsprechend fachkundige Programmierer der Hersteller der ADV-Anlagen notwendig, weil dem RZF solche Fachkräfte nicht zur Verfügung stehen.

Im Rahmen folgender Maßnahmen werden Systementwicklungs- und Unterstützungsarbeiten erforderlich:

- Weiterentwicklung der Kommunikationssysteme der Finanzverwaltung und der Bauverwaltung;
- Weiterentwicklung der Gesamtfestsetzung und der Gesamterhebung;
- Umstellung der Programme auf Siemens-Anlagen sowie Systemunterstützung für die Siemens-Systeme;
- Anpassung und Mitwirkung bei der Anwendungsprogrammierung;
- Entwicklung von Werkzeugen für die Softwareentwicklung.

- Software - Lizenzgebühren, laufende Zahlungen (Unterteil 2)
und einmalige Zahlungen (Unterteil 3):

Neben bereits bestehenden Überlassungsverträgen soll weitere notwendige Software für Bereiche beschafft werden, in denen dies wirtschaftlicher ist als eine Erstellung entsprechender Programme durch das RZF selbst.

Titel 722 00 - Neubau eines Rechenzentrums -

Die Gesamtkosten sind um 4,5 Mio DM auf 39.409.500,-- DM erhöht worden.

Die Mehrkosten beruhen auf erforderlich gewordenen Maßnahmen für die äußere Sicherheit des Gebäudes und innerbetrieblich notwendige Umbaumaßnahmen innerhalb des Gebäudes. Die Teil-HU-Bau- - Maßnahmen der äußeren Sicherheit - befindet sich inzwischen im Genehmigungsverfahren. Wegen des übrigen Vorhabens wird die Teil-HU-Bau- zur Zeit aufgestellt, so daß deren Ansatz zunächst nur auf einer Kostenschätzung beruht. Dieser Ansatz ist aber bereits mit in die Gesamtkosten aufgenommen worden, damit die Maßnahme sogleich nach Genehmigung der HU-Bau- in Angriff genommen werden kann und der innerdienstliche Ablauf durch Baumaßnahmen nicht über einen längeren Zeitraum beeinträchtigt wird. Angefordert werden 2,5 Mio DM.

Titel 812 10 - Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Aus-
rüstungsgegenständen im Inland -

Mit den veranschlagten Haushaltsmitteln in Höhe von 20.000 DM soll ein Shredder beschafft werden, um die Entsorgung der Druckerei direkt in den Abwurfschacht zu ermöglichen.

Titel 812 50 - Erweiterung der Datenverarbeitungsanlage -

Der vorgesehene Haushaltsansatz von insgesamt 10,631 Mio DM soll folgenden Beschaffungen dienen:

Unterteil 1: Periphere Plattenspeicher für die im RZF installierte Doppelprozessoranlage DPS 88/82 der Honeywell Bull AG (Gesamtkosten 3,233 Mio DM; als 1. Teilbetrag angefordert 1,0 Mio DM)

Unterteil 2: Eine Rechenanlage Siemens 7590 (Gesamtkosten 13,9 Mio DM; als Restbetrag angefordert 4,5 Mio DM)

Unterteil 3: Periphere Plattenspeicher für den Ausbau der Siemens-Anlagen (Gesamtkosten 2,83 Mio DM; als 1. Teilbetrag angefordert 1,666 Mio DM)

Unterteil 4: Sonstige periphere Geräte für die Siemens-Anlagen (Gesamtkosten 2,125 Mio DM; als 1. Teilbetrag angefordert 0,6 Mio DM)

Zu Unterteil 1

Für die auf der ADV-Anlage DPS 88/82 des RZF eingesetzten Arbeitsprogramme werden teilweise noch Magnetbänder als Datenspeicher benutzt. Dies führt zu Verzögerungen in der Aufgabenerledigung, weil die Programmdurchlaufzeiten wesentlich länger sind als bei Verwendung von Plattenspeichern; da für die meisten Anwendungen inzwischen entsprechend den Bedürfnissen der Finanzämter eine tägliche Bearbeitung eingeführt ist, müssen die Programmdurchlaufzeiten verkürzt werden, weil es anderenfalls immer wieder zu Verzögerungen, z.B. wegen auftretender Magnetbandfehler, kommt. Abhilfe kann hier nur durch vermehrten Einsatz von Magnetplatten-

speichern geschaffen werden, mit denen der Programmdurchlauf beschleunigt und das Fehlerrisiko vermindert werden. Außerdem ist der Übergang auf Magnetplattenspeicher Voraussetzung für die vorgesehene automatisierte Produktionsabwicklung im RZF, durch die Schichtarbeit reduziert werden kann und die Betriebssicherheit weiter erhöht wird.

Zu den Unterteilen 2 bis 4

Das RZF ist in der Zeit zwischen 1964 und 1974 mit ADV-Anlagen der Firma AEG-Telefunken (Fabrikate TR 4 und TR 440) ausgestattet worden. Ihre Betriebssicherheit ist über das Jahr 1986 hinaus nicht mehr gewährleistet; für einen Teil der Systemkomponenten sind bereits keine Ersatzteile mehr verfügbar. Als Ersatz sind Siemens-ADV-Anlagen der Serie 7.500 ausgewählt worden.

Ein Teil der Aufgaben, die bisher mit Hilfe der TR 440 bzw. TR 4-Anlagen abgewickelt worden sind, ist bereits umgestellt. In der Umstellung befindet sich z.Zt. das Verfahren für die Festsetzung und Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer; 1986 sollen die Verfahren zur

- Überwachung der Lohnsteuer-Anmeldungen und der Umsatzsteuer-Voranmeldungen,
- Einheitsbewertung des Grundvermögens sowie des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens,
- Grundsteuermeßbetragsveranlagung und
- Zerlegung der Gewerbesteuer

folgen. Ferner ist noch die Umstellung von Teilen des automatisierten Verfahrens für die Finanzbauämter und Staatshochbauämter, insbesondere für die Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung von Bauleistungen vorgesehen.

Die Ausstattung des RZF mit Siemens-Anlagen der Serie 7.500 erfolgt schritthaltend mit der Überleitung der Aufgaben. Die Umstellung beschränkt sich nicht auf die Zentraleinheiten, sondern löst auch zusätzlichen Bedarf an Plattenspeichern aus (die älteren Anlagen arbeiteten mit nicht mehr einsetzbaren Bandspeichern). Bei den sonstigen Peripheriegeräten handelt es sich um Gerätesteuerung eines Vorrechners für die Datenkommunikation, einen Systemdrucker sowie um eine Anpassung der Speicherkapazität der 1983 beschafften Teilanlage Siemens 7.571 an die Anforderungen der für den Gesamtrechner einzusetzenden Betriebssoftware.

Unterteil 5: Zwei Rückseiten-Großdrucksysteme (Gesamtkosten 2,02 Mio DM; als 1. Teilbetrag angefordert 0,935 Mio DM)

Die Kapazität des RZF an Laser-Drucksystemen reicht heute schon nicht mehr aus, um den derzeit bestehenden Bedarf abzudecken; ungedeckt ist ferner der erhöhte Bedarf, der sich aus der Notwendigkeit ergibt, 6.000.000 zusätzliche Kraftfahrzeugsteuerbescheide (wegen der Rechtsänderung zum 01.01. 1986) zu versenden. Aus betriebstechnischen Gründen und um die Kosteneinsparung des Vorder- und Rückseitendrucks möglichst weitgehend ausschöpfen zu können, ergibt sich schließlich die Notwendigkeit, die bereits vorhandenen älteren Drucksysteme des RZF abzulösen.

Die im RZF eingesetzten 3 Laser-Drucksysteme für Vorder- und Rückseitendruck haben nicht nur zu einer beträchtlichen Steigerung der Qualität der Ausdrücke geführt. Sie haben auch zu einem erheblichen Minderverbrauch an Papier beigetragen, weil das Papier enger beschrieben werden kann (geringere Zeichengröße, geringerer Zeilenabstand) als dies bei herkömmlichen Druckern möglich ist, und weil das Papier beidseitig bedruckt werden kann. Außerdem werden beim Postversand erhebliche Portoersparnisse erzielt.

Allein durch den Einsatz des ersten der neuen Drucksysteme bei der Fertigung der zusätzlichen Kraftfahrzeugsteuerbescheide ergibt sich - bei Investitionskosten von 0,935 Mio. DM - eine Portiersparnis von ca. 1,8 Mio. DM, weil durch geringeren Papierbedarf in ca. 60 % der Fälle die Gewichtsgrenze von 20 g unterschritten werden kann.

Unterteil 6: Kuvertieranlage (Gesamtkosten 0,45 Mio. DM)

Eine 1965 installierte und nicht mehr ausreichend betriebssichere Anlage muß ersetzt werden.

Unterteil 7: Ein Hyperchannelsystem (Gesamtkosten 1,08 Mio. DM)

Hyperchannel ist ein System, das aus einer schnellen Datenleitung, Mikrorechnern und Betriebsprogrammen besteht. Es schafft die Möglichkeit einer schnellen Datenübertragung zwischen ADV-Anlagen unterschiedlicher Hersteller. Im RZF sollen auf diese Weise die ADV-Anlagen der Firmen Siemens und Honeywell Bull miteinander verbunden werden. Dies ersetzt den Bedarf an Magnetbandgeräten, die sonst erforderlich wären, um den für mehrere Verfahren erforderlichen Datenaustausch zwischen den beiden ADV-Systemen mit Hilfe von Magnetbändern durchzuführen. Ferner werden Plattenspeicher eingespart, weil auf die Doppelhaltung von Daten, die von den Programmen auf beiden Rechensystemen benötigt werden, verzichtet werden kann.

Unterteile 8 u. 9: Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen (Kosten für beide Unterteile insgesamt 0,4 Mio. DM)

Die Mittel sind bestimmt zur Durchführung der notwendigsten Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen in den Bereichen:

- Druck-Vor- und Nachbereitung,
- Peripherie- und Hilfsgeräte,
- Stromversorgung,
- sonstige versorgungstechnische Einrichtungen sowie
- Anschlußsysteme für die Kommunikationsnetze.

H.

Kapitel 12 610

=====

- Verteidigungslastenverwaltung -

=====

Keine Besonderheiten.

I.

Kapitel 12 620

=====

- Lastenausgleichsverwaltung -

=====

Keine Besonderheiten.

J.

Kapitel 12 630

=====

- Heimatauskunftstellen -

=====

Keine Besonderheiten.

Das